



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Kassel-Stadt
Humboldtstraße 8a
34117 Kassel
Tel: (0561) 7001030
Fax: (0561) 7001032



Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Kassel Stadt
Uhlandstraße 1
34119 Kassel
Tel: (0561) 18811
Fax: (0561) 13660

Stark für Kassel

Vereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
über eine Kooperation in der
Stadtverordnetenversammlung Kassel
für die Wahlperiode 2011-2016

Inhalt

Stark für Kassel	3
Rot-Grün 2011-2016	3
1. Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels	4
Kassel ist klasse und der wirtschaftliche Motor Nordhessens	5
Integration	5
Kommunale Seniorenpolitik	6
Ehrenamt und Bürgerbeteiligung	8
Geschlechterdemokratie	10
2. Nachhaltige Stadtentwicklung	10
Verkehr und Mobilität	14
Umwelt	16
Sozialpolitik	18
Die Kultur der Stadt fördern	20
3. Familienfreundliche Stadt Kassel – Stadt der Bildungschancen	22
4. Finanzen und Haushalt	25
5. Regeln der Zusammenarbeit	26

Stark für Kassel

Rot-Grün 2011-2016

Die politische Arbeit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat in der vergangenen Wahlperiode eine breite Zustimmung erfahren. Diesen erfolgreichen Kurs wollen wir gemeinsam fortsetzen und damit die gute weitere Entwicklung der Stadt nachhaltig und zukunftsweisend gestalten.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben im November 2008 eine Vereinbarung zu einer engen Zusammenarbeit im Kasseler Rathaus verabredet. Grundlage für diese Vereinbarung war und ist weiterhin die gemeinsame Überzeugung, dass einzelne Themenfelder der Stadtpolitik einer längerfristigen Planung und Absicherung bedürfen. SPD und Bündnis 90/Die Grünen verfolgen seither in gemeinsamer Abstimmung einen Ansatz des vernetzten politischen Denkens und Handelns.

Die sozialen, demografischen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen für Kassel sind erheblich. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben für ihre Vorstellungen und ihren Einsatz für städtisches Leben, Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit beim Wohnen und Arbeiten, bei den Bildungs- und Ausbildungschancen sowie für die Chancengleichheit von Männern und Frauen, die kulturelle Vielfalt, Teilhabe und Identifikation mit unserer Stadt bei der Kommunalwahl viel Anerkennung und Unterstützung erhalten. Am 27. März 2011 wurde dieser Zuspruch in einem klaren Wählerauftrag deutlich. Der besonderen Verantwortung, die diese große politische Mehrheit mit sich bringt, sind sich die beiden Parteien bewusst. Wir – SPD und Bündnis 90/Die Grünen – wollen unsere erfolgreiche Arbeit gemeinsam fortsetzen und mit neuen Ansätzen weiter entwickeln. Wir wollen das große Vertrauen der Wählerinnen und Wähler rechtfertigen und eine klare, offene und transparente Politik betreiben.

Zentrale Themenfelder sehen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den **Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels**, der **nachhaltigen Stadtentwicklung** sowie einer **familienfreundlichen Stadt Kassel - Stadt der Bildungschancen**. Angesichts dieser Aufgaben wollen SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Kasseler Stadtpolitik eine verlässliche Gestaltung, Planungssicherheit und die Handlungsfähigkeit der Stadt Kassel sicherstellen.

Grundlage hierfür ist ein Kooperationsvertrag. Beide Partner tragen unabhängig von der jeweiligen Magistrats- bzw. Ressortzuständigkeit für die gesamte Politik dieser Stadt gemeinsam Verantwortung. In diesem Sinne wollen wir - SPD und GRÜNE - die neue Wahlperiode zusammen angehen, im gegenseitigen Vertrauen, von dem die bisherige Zusammenarbeit geprägt war, mit der Zuversicht in Vieles, was uns eint und mit dem gegenseitigen Verständnis dafür, was uns programmatisch trennt und was doch einer gemeinsamen Lösung zugeführt werden muss – zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

1. Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels

Die prognostizierte demografische Entwicklung in Stadt und Region stellt die Kommunalpolitik vor große Aufgaben und erhöht den Handlungsdruck für eine engere Kooperation zwischen der Stadt Kassel, dem Landkreis Kassel und seinen Städten und Gemeinden. SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind überzeugt, dass nur über eine engere Zusammenarbeit die Lebenschancen der Menschen in Stadt und Region verbessert werden können. Die Region Kassel nimmt die Herausforderungen des demografischen Wandels an: Die Einwohnerinnen und Einwohner von Stadt und Region müssen ausreichend qualifizierte Arbeit finden, Kinder und Jugendliche behütet und unterstützt aufwachsen und kompetent ausgebildet werden, sowie ältere Einwohnerinnen und Einwohner selbständig am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Zu einer zukunftsfähigen Region zählt auch ein reiches kulturelles Angebot. Die demografische Entwicklung ist damit eine Querschnittsaufgabe für sämtliche Handlungsfelder der Kommunalpolitik. Projekte sind vernetzt zu denken und zu entwickeln.

Im Laufe der Wahlperiode soll vom Kreistag des Landkreises Kassel und von der Kasseler Stadtverordnetenversammlung eine demokratisch verfasste Region Kassel gebildet werden. Die Bildung der Region Kassel soll auf der Grundlage eines Modells Kassel, ähnlich dem Regionalkreis Hannover, erfolgen.

Kassel ist klasse und der wirtschaftliche Motor Nordhessens

Kassel hat sich in den vergangenen Jahren wirtschaftlich prächtig entwickelt. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit 2005 halbiert, die Gewerbesteuerereinnahmen sind enorm gestiegen und Kassel hat an Attraktivität für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und als Tagungsstandort gewonnen. Insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz hat sich ein dynamisches Wachstum entwickelt. Aber auch in vielen anderen Bereichen ist die wirtschaftliche Entwicklung viel versprechend. Das ist in allererster Linie das Verdienst guter Unternehmerinnen und Unternehmer und engagierter, qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch die Stadt hat ihren Teil zu dieser positiven Entwicklung beigetragen: durch die erfolgreiche Arbeit des Jobcenters, durch eine intensive Beratung und Begleitung von Unternehmen bei Ansiedlungs- und Erweiterungsfragen, durch schnelle unternehmensnahe Entscheidungen in Genehmigungsverfahren, durch die Bereitstellung von Bauland, durch die Unterstützung von unternehmerischen Netzwerken, durch eine enge Einbindung der Universität in die Region und nicht zuletzt gemeinsam mit den städtischen Unternehmen als großer Auftraggeber – gerade für die Bauwirtschaft. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir in den nächsten Jahren fortsetzen und noch intensivieren. Unser Ziel ist, dass die Arbeitslosenquote in Kassel dauerhaft unter 10 Prozent sinkt, die Steuern stabil bleiben und wir durch eine weitere Steigerung der Attraktivität der Stadt im umfassenden Sinne entscheidend daran mitwirken, dass unsere Unternehmen in den nächsten Jahren genügend gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen können.

Integration

Wir werden in dieser Wahlperiode ein fortgeschriebenes, neu gefasstes Integrationskonzept verabschieden. Dabei sollen die im Rahmen der Modellregion Integration von der Stadt Kassel und dem Land Hessen gemeinsam geförderten Projekte ausgewertet und ggfs. fortgeführt werden.

Da wir in Kassel auf eine langjährige, erfolgreiche und sachorientierte Integrationsarbeit zurückblicken können, bietet die Diskussion um dieses

Integrationskonzept neue Chancen, vorhandene Ansätze zu vertiefen und neue Impulse zu setzen. In diesem Zusammenhang sollen bewährte Projekte zur Integration, getragen zum Beispiel durch den Schlachthof oder den Frauentreff Brückenhof, weiterhin und dauerhaft unterstützt werden.

Wir wollen und werden entschieden eintreten gegen jede Form der Diskriminierung. Hierzu wollen wir auch den Ausländerbeirat stärken und seine Beteiligung in zentralen Fragen der Stadtgestaltung sicherstellen. Die Stadt Kassel wird weiterhin ein kommunales Wahlrecht für alle Zuwanderinnen und Zuwanderer fordern. Da wir wissen, dass viele Zuwanderer (und auch viele Flüchtlinge) auf Dauer hier bleiben, ist das Erlernen der deutschen Sprache dringend geboten, um Bildungs- und Berufschancen zu verbessern. Die Ursprungssprache soll dabei nicht vernachlässigt werden. Sich in zwei Sprachen zu bewegen, ist eine Bereicherung unserer Stadtgesellschaft und fördert auch die Kontaktpflege, z.B. nach Russland oder in die Türkei. Die seit 2005 in drei Kitas erprobte gezielte frühzeitige Sprachförderung, eines der Leuchtturmprojekte im Rahmen des demografischen Wandels, soll schrittweise ausgebaut werden. Diese Förderung soll möglichst mit dem 3. Lebensjahr beginnen, um nicht erst kurz vor der Einschulung Defizite auszugleichen. MigrantInnen sollen verstärkt als ÜbungsleiterInnen ausgebildet und eingesetzt werden. Wir streben an, wichtige Informationen und Ankündigungen der Stadt für die größten Zuwanderergruppen mehrsprachig zur Verfügung zu stellen. Eigenständige kulturelle Aktivitäten eingewanderter Gruppen sind zu fördern. Insbesondere müssen die Chancen ausländischer und deutscher Jugendlicher verbessert werden, sich in eigenen Räumen gemeinsam selbst bestimmt zu begegnen. Das städtische Netzwerk Interkultur wird mit dieser Aufgabenstellung fortgeführt. Es wird geprüft, ob mit geeigneten Ansprechpartnern eine Integrationsvereinbarung abgeschlossen werden kann.

Kommunale Seniorenpolitik

Ziel der Kommunalen Altenhilfepolitik ist es, die Selbständigkeit und Teilhabe älterer Bürgerinnen und Bürger bis ins hohe Alter zu sichern. In Kooperation mit den unterschiedlichen Organisationen der Zivilgesellschaft, der Freien Wohlfahrtspflege und der Wirtschaft gilt es dabei

- a) die Kompetenzen älterer Menschen anzuerkennen und zu fördern;
- b) Möglichkeiten des Engagements zu eröffnen,
- c) Chancengleichheit bei der Wahrnehmung von Angeboten der Gesunderhaltung, des lebenslangen Lernens, der Kultur und der Betätigung herzustellen und
- d) den Zugang zu bedarfsgerechter Unterstützung zu sichern.

Dem dienen die von der Stadt Kassel im Rahmen der kommunalen Altenhilfe geförderten stadtteilorientierten Einrichtungen der Begegnung, Weiterbildung und des bürgerschaftlichen Engagements (Stadtteilzentren) ebenso wie die in zahlreichen Stadtteilen inzwischen in enger Abstimmung mit der Stadt Kassel von Wohlfahrtsverbänden, Wohnungswirtschaft und Initiativen geschaffenen Treffpunkte.

Mit der städtischen Beratungsstelle ÄLTER WERDEN und deren aktueller Ergänzung um den Pflegestützpunkt Kassel, der Wohnberatungsstelle und dem Beratungszentrum für Menschen mit Demenz (ZEDA) besteht in Kassel ein differenziertes Hilfsangebot, das ältere Menschen mit Unterstützungsbedarf wirksam begleitet.

Die Herausforderung der nächsten Jahre liegt darin, quartiersbezogene Netze des Engagements und der Begleitung von Älteren und für Ältere zu schaffen. Hierzu bedarf es weniger der neuen Einrichtungen, sondern vielmehr der Öffnung und Weiterentwicklung vorhandener Angebote und deren Vernetzung miteinander und mit den unterschiedlichen Fachdiensten.

Die Kompetenzen der unterschiedlichen Träger, Initiativen und Bürger/innen im Stadtteil sollen so gebündelt werden, dass sich im Sinne eines „Wohlfahrtsmixes“ generationen- und kulturübergreifend tragfähige Hilfs- und Unterstützungsstrukturen entwickeln. Dies verlangt allerdings eine kontinuierlichen Moderation und Abstimmung, wie sie etwa ein Quartiersmanagement leisten kann.

Ziel der intensiven gemeinsamen Bemühungen muss es sein, die Bedingungen dafür zu schaffen, das Leben in Kassel bis ins hohe Alter hinein würdevoll und lebenswert zu gestalten. Dies trägt in hohem Maße zur Lebensqualität bei. Hierzu gehört auch der Vorrang ambulanter vor stationärer Pflege, denn trotz aller Verbesserungen der Qualität und Ausstattung von Pflegeeinrichtungen besteht zu Recht der Wunsch, unabhängig von den eigenen finanziellen Voraussetzungen, möglichst lange in den

eigenen vier Wänden zu leben. Menschen mit Behinderung sind auf mehr Barrierefreiheit angewiesen, Alte und Hochbetagte auf Wohnungen und Sozialräume, die ihnen einen möglichst langen Verbleib in vertrauter Umgebung ermöglichen. Wir werden daher weiterhin verstärkt darauf hinwirken, dass ambulante Alternativen zu einem Leben im Heim für ältere und behinderte Menschen vorrangig, insbesondere unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit, weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Ehrenamt und Bürgerbeteiligung

Die Kommune kann nicht alle Wünsche und Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger durch eigene Aktivitäten in gleichem Maße berücksichtigen und zufriedenstellen. Ohne das freiwillige Engagement der Menschen ist vieles nicht machbar, wichtige gesellschaftliche Aufgaben wären ohne freiwillige ehrenamtliche Arbeit nicht zu erfüllen. Insbesondere in der Seniorenarbeit wächst die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements aufgrund einer steigenden Nachfrage im Zuge des demografischen Wandels, eines Rückgangs familialer Hilfen und einer gleichzeitig schwächer werdenden Finanzstruktur.

Eine der zentralen Zukunftsaufgaben für Kommunen und soziale Dienste ist daher die Organisation und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sollen Beratung und passgenaue Informationen über für sie geeignete Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement erhalten. Öffentlichkeitsarbeit für dieses Engagement soll sichergestellt werden.

Gerade auf kommunaler Ebene kommt es darauf an, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in wichtige Entscheidungen einbezogen werden. In der Regel wird der Bürgerwille repräsentiert durch die gewählten Stadtverordneten und Ortsbeiräte. Darüber hinaus verstärken wir den Ausbau der Beteiligungsprozesse und Mitwirkungsstrukturen auf allen Feldern der Stadtentwicklung. Vorbildhaft war der Beteiligungsprozess der Bürgerinnen und Bürger beim geplanten Umbau der Friedrich-Ebert-Straße/Goethestraße. Wir treten gemeinsam für die Verbesserung der Möglichkeiten von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ein, die wir für eine

wichtige Ergänzung der repräsentativen Demokratie halten. Deshalb unterstützen wir die Initiativen im hessischen Landtag, das Quorum für die Einleitung von Bürgerbegehren in den hessischen Kommunen abzusenken. Daher werden wir bei Entscheidungen von großer Bedeutung und Tragweite in den Dialog mit der Stadtgesellschaft treten. Die Partner wollen den zeitlichen Handlungsspielraum dazu nutzen, um bei diesen Entscheidungen größtmögliche Transparenz herzustellen, ohne die Fördermöglichkeiten durch Bundes-, Landes- oder Europaprogramme zu gefährden. Durch Bürgerinnen und Bürger initiierte erfolgreiche Entscheidungen werden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen selbstverständlich akzeptiert.

Darüber hinaus streben wir eine noch stärkere Bürgerfreundlichkeit der gesamten Stadtverwaltung an. In der letzten Wahlperiode haben wir das Instrument der Eingaben für Einwohnerinnen und Einwohner in Kassel eingeführt. Wir haben damit dafür gesorgt, dass Kassel die erste Kommune Hessens mit dieser Form der direkten Einflussnahme der Einwohnerinnen und Einwohner ist. Mittlerweile haben die ersten Eingaben den Prozess in der Stadtverordnetenversammlung durchlaufen und sind entsprechend von den gewählten Stadtverordneten beschlossen worden. Mit der neuen Wahlperiode haben wir einen eigenen Ausschuss zur Behandlung der Eingaben geschaffen. Diese ersten Erfahrungen wollen wir auswerten und auf dieser Basis die Regeln für den Umgang mit Eingaben in der Stadtverordnetenversammlung weiterentwickeln.

Nicht erst mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Folgen rücken die Haushaltssituation der Stadt Kassel und die kommunale Finanzpolitik verstärkt in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit. Dieser Politikbereich ist sehr komplex und setzt fachliches Wissen voraus. Um in diesem Bereich mehr Transparenz für die Stadtgesellschaft herzustellen und eine breitere sachlich fundierte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger möglich zu machen, streben wir an, neue Ansätze und Prozesse jenseits des rechtlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des städtischen Haushaltes zu erproben und ggf. umzusetzen. Die Geschäftsordnung der Ortsbeiräte soll überarbeitet werden, mit dem Ziel, diese zu stärken. Eine Erweiterung der Flexibilität bei der Verwendung der Verfügungsmittel werden wir prüfen.

Geschlechterdemokratie

Geschlechterpolitik verstehen wir als Querschnittsaufgabe. Sie ist damit Grundlage bei Entscheidungen in allen Politikbereichen. Wir brauchen weiterhin ein starkes Gleichstellungsbüro in Kassel. Wir werden die verschiedenen Projekte zur Gleichstellung und zum Schutz von Frauen, die von verschiedenen Trägern in Kassel durchgeführt werden, weiterhin unterstützen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss für Frauen und Männer optimiert werden. Wir setzen uns dafür ein, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Stadt und in ihren Gesellschaften zu erhöhen. Der bisher schon erreichte Anteil von 40% im Bereich der Amtsleitungen ist hierbei vorbildhaft. Darüber hinaus streben wir an, dass mehr Männer in den städtischen Unternehmen und in der Stadtverwaltung in Elternzeit gehen. Bei allen Maßnahmen und Projekten für Ausbildung und Arbeit soll die Situation von Alleinerziehenden besonders berücksichtigt werden. Wir wollen Arbeitszeitmodelle, die diesen Zielen dienen, besonders fördern.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen werden weiterhin auf eine vorbildliche Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in Kassel achten. Gewaltschutzeinrichtungen für Kinder und Frauen, insbesondere Frauenberatungsstellen, das Frauen- und das Mädchenhaus werden von uns unterstützt. Der Schutz vor Gewalt ist uns ein wichtiges Anliegen. Projekte zur gewaltfreien Konfliktlösung und Antigewaltprojekte wollen wir verstärkt fördern.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen stehen für die Anerkennung und Gleichberechtigung schwuler und lesbischer Lebensformen und ein aktives Engagement gegen deren Diskriminierung. Wir wollen den gerade etablierten Runden Tisch Homophobie fortsetzen.

2. Nachhaltige Stadtentwicklung

In der Stadtentwicklung soll der Ansatz des vernetzten politischen Denkens sichtbar werden: Eine umweltverträgliche Stadtgestaltung, wirtschaftliche Potenziale, Impulse für eine soziale, barrierefreie, kinder- und familienfreundliche Stadt, die Wünsche und

Kompetenzen älterer Menschen, die weitere Entwicklung der Kulturstadt müssen in der Stadtentwicklung aufgegriffen werden. Angesichts der demografischen Entwicklung in Kassel, der Region Kassel und Nordhessens hat die räumliche Entwicklung in Richtung Kernstadt große Bedeutung. Die soziale Ausrichtung von Stadtpolitik erfordert verstärkte Anstrengungen mit dem Ziel der Teilhabe Aller an den wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Stadt. Stadtentwicklung in Kassel muss demokratischer Planungskultur verpflichtet sein. Die Universität Kassel ist das Zentrum einer vielfältigen Wissens- und Kulturlandschaft in Nordhessen. Sie ist die Ideenschmiede einer ganzen Region und gehört mit ihren mehr als 20.000 Studierenden und über 2.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Mittelpunkt der städtischen Entwicklung. Der Uni-Standort wird gestärkt: die infrastrukturelle und verkehrliche Anbindung der angrenzenden Stadtteile wird verbessert: Wir wollen eine Aufwertung der Wegebeziehungen zwischen Universität, Innenstadt, Wesertor und Unterneustadt. Wir haben in der letzten Wahlperiode hierzu eine Untersuchung in Auftrag gegeben. Sollte sich herausstellen, dass eine weitere Fulda-Brücke die Wegebeziehungen zwischen den Stadtteilen Wesertor und Unterneustadt verbessern würde, wird deren Realisierung geprüft. Dabei wäre auch die Inanspruchnahme möglicher Landes- und Bundesprogramme anzustreben.

Die Entwicklung der Kulturwirtschaft hat an Bedeutung gewonnen. Das Quartier rund um den Kulturbahnhof bis hin zum Kulturzentrum Schlachthof inklusive der Uni-Erweiterung ist dafür von herausragender Bedeutung. Die Masterplanung Hauptbahnhof, Rothenditmold, Unterstadtbahnhof, Schillerviertel wird fortgeschrieben.

Urbanes Leben braucht eine lebendige Innenstadt. In der Konkurrenz mit Einkaufszentren gilt es, die Identität der urbanen Innenstadt weiter zu entwickeln. SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen mit Hilfe eines privaten Investors die Bebauung des Karlsplatzes und den Platzumbau am Entenanger in Anlehnung an den Perspektivplan Innerstädtisches Wohnen.

Gegenüber der Innenstadt dürfen die Stadtteile nicht vernachlässigt werden. Wir wollen eine Konzeptentwicklung zur Aufwertung der Quartiere. Das Quartier

Pferdemarkt soll aufgewertet werden und die Zusammengehörigkeit von Entenanger und Pferdemarkt soll durch eine Verbesserung der Wegebeziehungen erlebbar gemacht werden.

Insgesamt gilt es, für die bessere Vernetzung von Stadtteilen die Querungsmöglichkeiten von Hauptstraßen zu verbessern.

Die Partner setzen sich zur weiteren Entwicklung der Stadtteile Bettenhausen; Forstfeld, Unterneustadt und Waldau für eine Masterplanung „Östlich der Fulda“ ein. Auftakt wird eine Zukunftskonferenz unter Moderation der Stadt sein mit Beteiligung des Investors beim Salzmänn-Gelände, des Ortsbeirates, der Kulturschaffenden und örtlicher Unternehmen wie SMA, Mercedes und VW. Die Entwicklung des Stadtteils Bettenhausen ist nicht allein von der Zukunft des Salzmänn-Komplexes und dessen Nutzung abhängig. Mit dem richtigen Konzept und dessen Einbettung in die oben genannten Maßnahmen bietet die Nutzung des Salzmänn-Geländes eine herausragende Chance für den Stadtteil. Darüber hinaus haben der Erhalt und die Nutzung des Gebäudes hohen emotionalen Wert und sind ein wichtiges Signal für Bettenhausen.

Der Investor ist aufgefordert, ein akzeptables Belegungs- und Nutzungskonzept für die überwiegend auch zukünftig nicht städtisch genutzten Flächen zu erstellen und vorzulegen.

Die Partner sind bereit, auf dieser Grundlage die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen, um, ausgehend von einer Nutzungsfläche (Brutto) von 22.000m² für städtische Nutzungen, Flächen bis maximal 11.000m² anzumieten, um die Stadtentwicklung Bettenhausens zu befördern. Eine Festlegung zum jetzigen Zeitpunkt, welche Ämter sinnvoll im Salzmänn-Gebäude untergebracht werden können, kann es noch nicht geben. Neben den bisherigen Überlegungen (technisches Rathaus) soll insbesondere untersucht werden, ob es sinnvoll ist, die Ämter des Jugend- und Bildungsbereichs in Bettenhausen zusammen zu fassen oder die Ämter der Ordnung, des Rechts und der Sicherheit ins Salzmänn-Gebäude umziehen zu lassen.

Bei der Konzeptentwicklung der Nachfolgenutzung des Grundstücks „Hallenbad Mitte“ werden die angrenzenden Gebäude sowie der Lutherplatz städtebaulich mitberücksichtigt.

Das Areal Pulvermühlenweg wollen wir mit einer vernünftigen Nachnutzung der „ELWE“ entwickeln.

Bundesweit ist eine Renaissance städtischen Wohnens erkennbar. Das gilt auch für Kassel. Innenstadtnahe Lagen werden zunehmend bevorzugt. Wir wollen eine flächenschonende Weiterentwicklung des Wohnungsbestandes: Bauen im Bestand. Des Weiteren wollen wir einen Folgeprozess zum Perspektivplan „Innerstädtisches Wohnen“ und Modellprojekte zum Wohnungsumbau mit Eigentümergesellschaften und Privaten im Entenanger- und Pferdemarktquartier.

Ausreichende Reserven an Gewerbeflächen sind eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung von Stadt und Region. In Kassel sind und werden weiterhin große Flächen innerhalb der Stadt durch den Wegfall ihrer bisherigen Nutzungen (z.B. die Industriegebiete in Rothenditmold, Bettenhausen und der Nordstadt) frei für neue Nutzungen. Wir streben an, eine Gewerbeflächenpolitik zu betreiben, die nicht nur auf die Ausweisung neuer Gewerbeflächen setzt, sondern interkommunal betrieben wird. Am Beispiel der alten Henschelhallen in Rothenditmold wollen wir prüfen ob und ggfs. wie wir eine neue Nutzung verwirklichen können. Gerade für Rothenditmold sehen wir gute Chancen, durch eine Nach- und Umnutzung der Flächen stadtentwicklungspolitische Prozesse zu initiieren. Wir wollen in einer engen Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Raum Kassel und dem Bund in die Flächenkreislaufwirtschaft einsteigen, die vor allem eine aktive Werbung für die Neunutzung vorhandener Flächen betreibt und sorgsam mit den Flächenressourcen umgeht. Das öffentliche Verfahren zur Herbeiführung eines Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Langes Feld wird nicht vor dem 1.1.2012 fortgeführt, um der Kasseler Bürgerschaft Gelegenheit zu geben, von Beteiligungsrechten nach der HGO Gebrauch zu machen. Kommt kein zulässiges Bürgerbegehren zu Stande, wird sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei der Abstimmung über den Satzungsbeschluss enthalten. Wird ein Bürgerentscheid durchgeführt, werden sich die Partner an das Ergebnis des Bürgerentscheids

gebunden fühlen und entsprechend bei der Entscheidung zum Satzungsbeschluss abstimmen.

Die Artenvielfalt und Biotoppotenziale in der Stadt sollen durch eine langfristig ausgelegte Strategie gesichert und entwickelt werden. Die nächsten Schritte hierbei sind die Bestandsaufnahme und Bewertung und ein darauf folgender Maßnahmenplan. Besonders viel Potenzial bieten hier die zahlreichen öffentlichen Grünflächen.

Verkehr und Mobilität

Die Innenstadt der kurzen Wege ist unser Leitbild. Die Steigerung der Attraktivität leiser und umweltschonender Verkehrsarten wird angestrebt. SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen in der Tourismusregion Kassel eine nachhaltige Mobilität etablieren, die von einer ganzheitlichen Planung ausgeht. Ziel ist es, die Lebensqualität der Menschen zu steigern und die besten Lösungen für alle VerkehrsteilnehmerInnen und für die städtische Entwicklung umzusetzen. Mit der Regiotram und den Straßenbahnverbindungen besitzt Kassel eines der besten Netze deutschlandweit. Diesen Standortvorteil wollen wir nutzen und den Öffentlichen Personennahverkehr stärken, zum Beispiel durch die Führung der Straßenbahn bis nach Waldau , eine bessere Verbindung zur Universität am Holländischen Platz und die Straßenbahnanbindung der Neubaugebiete Dessenborn/Triftweg. Die touristische Erschließung des Bergparkes soll nicht nur über den motorisierten Individualverkehr erfolgen. Wir begrüßen deshalb das Konzept zur neuen Herkulesbahn und wollen – auch in Verhandlungen mit dem Land Hessen – eine Finanzierung für den Bau der Herkulesbahn erreichen.

Den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen in Kassel wollen wir steigern. Wir halten an dem Ziel fest, den weiteren Ausbaus des Radwegenetzes fortzusetzen. Das Budget für den Fahrradverkehr konnten SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den vergangenen Jahren deutlich steigern. Die beiden Partner wollen eine dauerhafte Etatisierung des Radverkehrs im städtischen Haushalt ebenso wie die finanzielle Absicherung des beschlossenen Ausbaus der Radrouten und ihrer Instandhaltung. Das Fahrradverleihsystem werden wir evaluieren. SPD und Bündnis

90/Die Grünen wollen das Fahrradverleihsystem zu einem Erfolg führen. Das Projekt Bike & Business wird gestartet. Mit diesem Projekt wollen wir den Umstieg vom Auto auf das Fahrrad auch im täglichen Berufsleben erleichtern. Die bestehende Stellplatzsatzung wird überprüft und hinsichtlich der Fahrradstellplatzsatzung neu gefasst. Der Auedamm wird für FußgängerInnen und RadfahrerInnen sicherer gestaltet und insbesondere für den Radverkehr verbessert. Der Durchgangsverkehr soll reduziert werden. Möglichkeiten können sein: Radwegführung auf der Fahrbahn, veränderte Organisation der Parkmöglichkeiten oder flexible Verkehrsregelungen.

Das von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingeführte Verkehrs- und Mobilitätsmanagementsystem wird fortgeführt. Technische Möglichkeiten zur Reduzierung von Wartezeiten für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sollen genutzt werden und durch bessere Informationen soll eine spürbare Verlagerung auf den Umweltverbund gelingen. Die unvermeidbaren Pendler- und Binnenverkehre mit dem Auto wollen wir auf ein umweltverträgliches Maß reduzieren. Besondere Chancen bietet ein betriebliches Mobilitätsmanagement, für das wir bei der Wirtschaft werben werden. Die verschiedenen Projekte zum Carsharing wollen wir unterstützen, so sollen z.B. neue Carsharing-Plätze ausgewiesen werden. Des Weiteren treten die beiden Partner für verkehrsberuhigende Maßnahmen ein. So wollen wir die Umsetzung eines Alleekonzeptes entlang der Straßen prüfen. Derzeit untersuchen verschiedene Großstädte (Frankfurt, Berlin etc.), ob durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in den Nachtstunden eine signifikante Verbesserung der Lärmsituation für Anlieger von Hauptverkehrsstrecken erreicht werden kann. Sobald die Resultate dieser Prüfungen vorliegen, werden die Partner anhand der Ergebnisse beraten, welche Maßnahmen wir auf Kassel übertragen können. Maßnahmen zur Verkehrssicherheit werden gemäß der Vision Zero (Null Verkehrstote) durchgeführt. Die vom Land Hessen für gut befundene Zielsetzung zum Umbau der Kreuzung Altmarkt, der Integration aller Verkehrsbeziehungen und der ebenerdigen Querung aller Verkehrsteilnehmer durch drei Fußgängerüberwege, wird weiter aufrechterhalten und zeitnah nach der documenta 13 umgesetzt.

Umwelt

Der Einsatz für den Klimaschutz und die Erhaltung unserer Umwelt sichert auch die Lebensqualität in Stadt und Region. Damit die Stadt für Familien lebenswert bleibt und auch die Anwerbung von Fachkräften erleichtert wird, ist ein attraktives und gesundes Lebensumfeld eine wichtige Voraussetzung. Der Klimawandel stellt uns damit einerseits vor große Herausforderungen, bietet gleichzeitig aber auch neue Entwicklungschancen für die Stadt und die Region.

Mit Einführung des Erneuerbaren Energien Gesetzes im Jahre 2000 sind in Deutschland seit diesem Zeitpunkt rund 300.000 Arbeitsplätze in den Branchen der Erneuerbaren Energien neu entstanden (in Produktion, Planung, Betrieb, Instandsetzung von Anlagen für Erneuerbare Energien), viele davon regional fest verankert. Erneuerbare Energien sind der Jobmotor der Zukunft auch für die Stadt Kassel und die gesamte Region. Bis zum Jahr 2020 können nach soliden Schätzungen mindestens 20.000 neue Arbeitsplätze in der Region entstehen, die für eine positive, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sorgen und auch jungen Menschen eine Perspektive eröffnen.

Eine gesamtstrategische Ausrichtung zu einer dezentralen Energieversorgungsstruktur und zu einer energieeffizienten Stadt ist notwendig. Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die alle politischen Entscheidungen betrifft.

Die Stadt hat eine besondere Bedeutung in ihrer Funktion als Vorbild. Die Stadt sowie die städtischen Eigenbetriebe übernehmen eine Vorbildfunktion im Bereich Gebäudemanagement, energetische Sanierung, Effizienz und Beschaffung. Dem Rathaus Kassel kommt hierbei eine besondere Rolle zu: Bei der Beschaffung in der Verwaltung werden neben sozialen auch ökologische Kriterien und Aspekte des Klimaschutzes berücksichtigt, z.B. bei der IT, dem Büromaterial, dem Fuhrpark und den Kantinen.

Für den Bereich des Wohnens werden in Deutschland 40% des Energiebedarfs benötigt. Die Einsparpotenziale durch die Gebäudesanierung sind sehr hoch: Gerade auf kommunaler Ebene bestehen hier viele Handlungsmöglichkeiten. So lassen sich durch eine energetische Sanierung mit Wärmedämmung, Fensteraustausch und Heizungserneuerung meist 50 bis 80% des Energiebedarfs einsparen. Wir streben eine Verdoppelung der Sanierungsquote im Gebäudebestand an. Eine Effizienzkampagne mit dem Schwerpunkt „Sanierung im Mietwohnungsbestand“

wollen wir anstoßen. Wir werden das Projekt Denkmal und Energie fortführen und uns dafür einsetzen, dass in Schulen und Kindertagesstätten eine stärkere Umweltbildung erfolgt, z.B. durch Schulgärten oder die so genannte „Klimakiste“. Diese Maßnahmen bedeuten auch für das lokale Handwerk ein enormes Entwicklungspotenzial, denn der überwiegende Teil der Maßnahmen wird durch das Handwerk in Stadt und Landkreis umgesetzt und sichert damit auch die Zukunft des Handwerks in unserer Stadt.

Eine Querschnittsfunktion hat das von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingerichtete Energie- und Klimareferat. Es wird die Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes begleiten und für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen auf Stadtebene sorgen. Die Stadt wird eine Strategie zur Klimaanpassung entwickeln und prüfen, wie die geforderten Maßnahmen aus dem von der Stadt Kassel geförderten Klimzug-Projekt der Universität Kassel ggfs. umgesetzt werden können. Das Energie- und Klimareferat wird Förderprogramme prüfen, bewerben und bei deren Nutzung beraten. Die Reduktion der CO₂-Emissionen ist eine Pflichtaufgabe der Stadt geworden, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, die lokale Wirtschaft zu fördern und die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu erhalten. SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen daher einen neuen Anlauf nehmen, eine Stromeffizienzkampagne zu starten. Im Arbeitsfeld der erneuerbaren Energien hat sich die Region Kassel durch das Know-how von Universität, Forschungsinstituten, Netzwerken und Firmen aus dem Anwendungsbereich eine hohe Kompetenz erarbeitet. Wir werden den Weg zu einer Kompetenzregion für Energieeffizienz und erneuerbare Energien konsequent weiter gehen und setzen uns dafür ein, dass Stadt und Region Kassel zu 100% aus dezentralen Energien versorgt werden. Wir wollen, dass die Stadt Kassel mit Unterstützung u. a. von Städtischen Werke AG, der SUN und der Kasseler Sparkasse über eine Bürgergenossenschaft die Möglichkeit bietet, dass sich Bürgerinnen und Bürger an dem Ausbau der erneuerbaren Energien in der Stadt und in der Region beteiligen können. Den weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes werden wir unterstützen.

Sozialpolitik

Sozialpolitik ist nicht nur eine Angelegenheit des Bundes und des Landes. Kommunale Sozialpolitik stärkt das nachbarschaftliche Zusammenleben, leistet Hilfe zur Selbsthilfe und verbessert die öffentliche Infrastruktur. Soziale Sicherheit bedeutet wesentlich auch Partnerschaft, Kreativität und bürgerschaftliches Engagement. Bei der Stadtentwicklung verfolgen wir einen sozialraumbezogenen Planungs- und Handlungsansatz. Was für Bildungschancen oder die Teilhabe am Arbeitsmarkt gilt, trifft auch für die Stadtteile selbst zu: Kein Stadtteil darf zurückbleiben, überfordert oder über Gebühr belastet werden. Wir wollen das Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft verhindern. Eine wohnräumliche Segregation soll vermieden werden.

Bei den Kosten der Unterkunft werden wir von der Ermächtigung des Landes Hessen zur Pauschalierung keinen Gebrauch machen. Die tatsächlichen, angemessenen Kosten der Unterkunft werden übernommen. Im Rahmen des kleinen kommunalen Handlungsspielraums werden wir in Zusammenarbeit mit der GWG weiterhin vorbildliche Wohnungspolitik betreiben und einen Runden Tisch Wohnen anbieten, zu dem auch privatwirtschaftliche Wohnungsgenossenschaften eingeladen werden. Wir wollen, dass für Menschen mit geringem Einkommen alle Vergünstigungen, die es im Stadtgebiet gibt, übersichtlich veröffentlicht werden. Über die Einrichtung eines Schülerinnen- und Schülertickets im Umlageverfahren entscheiden SPD und Grüne nach Abschluss der laufenden Prüfung.

Eine wichtige Voraussetzung für eine soziale Stadt ist die Stärkung der Bürgergesellschaft. In einer älter und vielfältiger werdenden Gesellschaft ist die Schaffung gesunder Lebensbedingungen und die Sicherung des Zugangs gerade sozial schwacher Bevölkerungsgruppen zu gesundheitlicher Prävention und Versorgung die wichtigste Herausforderung für kommunale Gesundheitspolitik. Um die Gesundheit der Menschen in Kassel zu verbessern, Wohlbefinden und Lebensqualität zu steigern, muss eine zielgerichtete Vernetzung mit Partnern aus Politik, Verwaltung, (Gesundheits-)Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft entwickelt werden. Austausch und Transparenz unter den Bündnissen hilft gesundheitsfördernde Angebote zu erfassen, auszuwerten und zu optimieren. Hierfür gründen wir einen kommunalen Pakt für Gesundheit. Maßnahmen zur Gesundheitsförderung müssen für alle Bürger zugänglich und in allen Lebensphasen gestärkt und verbessert werden. Prävention als die zentrale Investition in die Zukunft

durch Aufbau von nachhaltigen Strukturen und Transparenz unter allen Akteuren im Gesundheitssektor tragen dazu bei. Ziel ist die regelmäßige Einberufung von lokalen Gesundheitskonferenzen unter Einbeziehung aller beteiligten Akteure des Gesundheitsbereichs. In Stadtteilzentren werden wir Kurse für eine gesunde Ernährung anbieten.

Zum Wohlbefinden der Menschen gehören auch Sicherheit und Sauberkeit in ihrem Wohnumfeld. Wo jedoch Einschränkungen – beispielsweise Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen – notwendig sind, müssen diese durch präventive Maßnahmen der sozialen Hilfe begleitet werden, um den Menschen vor Ort zu helfen und Probleme nicht in angrenzende Quartiere zu verlagern. Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen werden wir mit Sozialarbeit flankieren. Die Einrichtung eines Trinkraums wird verbunden mit der Verbesserung von sozialen Angeboten. So werden wir z.B. das Angebot des Café Nautilus erweitern. Einrichtungen zur Unterstützung von Drogenabhängigen werden SPD und Bündnis 90/Die Grünen unterstützen und ausbauen.

Das Klinikum Kassel bleibt in kommunaler Trägerschaft und wir setzen uns für den Erhalt des Landeswohlfahrtsverbandes ein.

Bewegung und Sport sind Teil der kulturellen Entfaltung der Menschen. Die vielfältige Sportinfrastruktur in Kassel wollen wir erhalten und fördern. Jede/r fünfte BürgerIn ist in Kassel Mitglied in einem der 175 Sportvereine. Das wertvolle Bürgerengagement in den Sportvereinen ist uns wichtig. Sport ist nicht nur gesund und macht Spaß, sondern ist auch ein wichtiger Eckpfeiler des städtischen Zusammenlebens. Bewegung und Sport fangen im Alltag an. Gute Fußwege, ein ausgebautes Radwegenetz, ausreichende Freiflächen, Spielflächen und öffentliche Sportanlagen sind Grundvoraussetzungen, damit Menschen sich in Kassel mit Spaß und sicher (sportlich) bewegen können. Wir wollen sowohl den Sport in Kindertagesstätten im Stadtteil mit Vereinen vernetzen, als auch kommunale Sportanlagen wollen wir erhalten und sanieren. Wir werden Vereine bei der Sanierung der für den sportlichen Betrieb nötigen Räume unterstützen. Insbesondere für Angebote ohne intensive Sportgerätenutzung wollen wir den Vereinen bei der Suche nach alternativen Sportstätten helfen. Auch außerhalb des Vereinsbetriebes muss es möglich sein, die Sportanlagen zu nutzen. Neben dem Vereinssport werden wir ebenso autarke Sportinitiativen unterstützen.

Die Kultur der Stadt fördern

Kultur spiegelt städtisches Leben. Kulturelle Vielfalt und Toleranz sind Grundpfeiler unserer Demokratie.

Kassel verfügt über umfassende kulturelle Angebote und eine kreative Szene künstlerischen Schaffens. Diese Vielfalt schafft Urbanität.

Die Zahl der Besucherinnen und Besucher in unseren Theatern und Museen, bei den jeweiligen Aktivitäten im Kulturbahnhof, im Kulturzelt, bei Angeboten der Freien Szene und in anderen Kultureinrichtungen zeigt einen breiten Zuspruch in der Bevölkerung. Wir verstehen diesen als Auftrag an die Stadt, ihre Bemühungen für ein vielfältiges Kunst- und Kulturangebot fortzusetzen.

Das neue Brüder-Grimm-Museum auf dem Weinberg soll architektonisch, kuratorisch und museumspädagogisch über Kassel und Hessen hinaus ein Zeichen setzen. Die Finanzierung für den Neubau des Brüder-Grimm-Museums im Rahmen des Gesamtbudgets von 18 Mio € wird sicher gestellt und das neue Museum in die Museumsmeile integriert. Die Torwache wird ein Brüder-Grimm-Standort.

Es wird angestrebt, dass der Renthof nach Auszug des Seniorenzentrums einer öffentlichen Nutzung zugeführt wird. Mögliche Nutzungsvarianten sollen in wirtschaftlicher, denkmalfachlicher und funktionaler Hinsicht untersucht werden. Darauf aufbauend wird eine Entscheidung vorbereitet. Insbesondere soll geprüft werden, ob dieser stadtgeschichtlich bedeutsame Bau kulturell bespielt werden kann.

Unter dem Namen „Poetikum“ wollen wir ein Haus für Literatur schaffen. Das Thema ‚Zeitgenössische Kunst und documenta‘ werden wir fortentwickeln und räumlich sichern. Dazu gehört der Umgang mit der Sammlung ebenso wie die Weiterentwicklung des documenta-Archivs als dritte Säule der documenta-GmbH.

Ebenso soll die Freie Szene räumlich gesichert werden.

Die personelle Ausstattung im Stadtarchiv Kassel werden wir verbessern.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich zum Drei-Sparten-Theater. Deshalb dürfen die Mittel für die künstlerischen Bereiche nicht weiter eingeschränkt werden.

Der weiteren Entwicklung der Kulturellen Bildung in Kassel messen wir kulturpolitisch wie bildungs- und sozialpolitisch eine besondere Bedeutung bei. Dabei geht es um die Schaffung sich vernetzender Strukturen für eine kontinuierliche Arbeit in allen Trägerformen (Schulen, Kitas, Theater, Museen, freie Träger und spezielle Stadtteilstrukturen).

Die Kinderkulturtage und die Jugendkulturtage werden fortgesetzt. Mit der Fortführung der Jugendkulturtage als kooperatives Projekt zwischen KulturNetz Kassel, Kulturzentrum Schlachthof und der Stadt wird der Bereich der Jugendkultur in den Blickpunkt gerückt.

Das Kulturzentrum Schlachthof hat bewiesen, dass gerade auch in Stadtteilen mit besonderen Sozialstrukturen eine anspruchsvolle Kulturarbeit möglich ist, die Identität und Identifikation stiftet. Die dort gelungene Arbeit hat Vorbildcharakter für andere Stadtteile. Wir wollen einen Markt der Möglichkeiten eröffnen, um Stadtkultur zu fördern.

Die Stadtbibliothek wird in ihrer Bedeutung als zentraler Ort innovativen lebenslangen Lernens und der Begegnung mit Wissenschaft, Literatur, Kunst und Musik für alle Altersgruppen gestärkt. Erwachsene finden zur individuellen Weiterbildung ein noch umfassenderes Mediensortiment vor und können kostenlose fachliche Beratung nutzen. Für Kinder und Jugendliche unterbreitet die Bibliothek weitere Angebote zur Leseförderung bis hin zu Schreibwerkstätten. Es wird auch eine Vernetzung mit den Angeboten der VHS geprüft.

Wir wollen die Teilhabe aller Bevölkerungsschichten an den Kulturangeboten verbessern.

3. Familienfreundliche Stadt Kassel – Stadt der Bildungschancen

Kinder müssen gute Lebensbedingungen haben und für ihre Eltern soll die Familie mit dem Beruf vereinbar sein. Kassels Chancen für die Zukunft liegen darin, sowohl Ausbildung als auch Arbeitsplätze anzubieten. Nur exzellente Bildung und Ausbildung ermöglichen es, wirtschaftlich wie kulturell den internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Familienpolitik wird vom Kind aus gedacht. Jedes Kind hat nicht nur ein Anrecht auf Fürsorge, sondern auf eine eigenständige Entwicklung und eine umfassende ganzheitliche Bildung – und zwar von Anfang an.

Auch im Bereich Bildung verlangt der demografische Wandel nach neuen Bewertungen. Weniger Kinder bedeuten nicht weniger Ausgaben für Kindergärten und Schulen. Die Kinder, die wir haben, brauchen mehr gute Bildung. Bildung ist eine zentrale Zukunftsaufgabe und eine der wichtigsten Standortfaktoren. Eine alternde Gesellschaft kann es sich sozial und volkswirtschaftlich nicht leisten, die Potenziale der nachwachsenden Generation, der MigrantInnen, der jungen Mädchen und Frauen nicht optimal zu fördern und zu nutzen.

Wir wollen die bestehenden wohnortnahen Bildungsangebote in der Mittelstufe erhalten und inhaltlich weiterentwickeln.

Der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung wird fortgesetzt. Hierzu müssen zwischen 500 und 600 Plätze bei der U3-Betreuung geschaffen werden (von Stadt und freien Trägern), und zwar bis zum 1.8.2013. Das Land wird aufgefordert, sich an den Ausbaukosten entsprechend der Festlegung durch den „Krippengipfel“ zu beteiligen. Die Übergangsregelung zur Mindestverordnung soll für einen längeren Zeitraum als bisher vorgesehen vom Land verlängert werden, um diese Anforderungen erfüllen zu können.

Die Intensivierung und qualitative Verbesserung der frühkindlichen und vorschulischen Bildung wird weiter voran getrieben. Das Eckpunktepapier mit dem Ziel, die Erzieherinnen- und Erzieherstellen auf 2,0 je Kindertagesstättengruppe zu erhöhen, soll realisiert werden. Dies ist die Voraussetzung, um den Bildungs- und Erziehungsplan in Kassel flächendeckend umzusetzen. Die Kindertagesstätte als Bildungseinrichtung muss kostenfrei werden, deswegen wird das Ziel der Entgeltbefreiung weiter verfolgt.

Auch im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es wichtig, den Ausbau von Grundschulen zu Ganztagsgrundschulen voranzutreiben. Nach dem Verständnis SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat jedes Kind einen Anspruch auf ein ganztägiges Grundschulangebot. Neben den dazu erforderlichen baulichen Maßnahmen wird die Schulbausanierung fortgesetzt. Die Bildungslandschaft Kassel wird gemäß des städtischen Konzeptes eingeführt.

Ein flankierendes Element der Bildungslandschaft ist die Schulsozialarbeit. In einem Modellversuch soll eine Grundschule in kommunale Trägerschaft übernommen und bei ihrer Unterrichtsentwicklung unterstützt werden. Wir verstehen Bildungspolitik als aktive Standortpolitik. Ein Einstieg in die finanzielle Verbesserung des Bildungsbereichs soll ein Finanzierungstopf sein, der es ermöglicht, den nötigen städtischen Anteil zu leisten, um Förderprogramme seitens des Landes, des Bundes oder der EU zu nutzen.

Die Erziehungsarbeit von Eltern ist hoch zu würdigen. Wir wollen Eltern dabei unterstützen, dass sie die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder und Jugendlichen übernehmen. Mit den Impulsen freier Träger sollen niedrigschwellige und flexible sozialpartnerschaftliche Angebote entstehen. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben in den letzten drei Jahren in den Stadtteilen Rothenditmold, Oberzwehren und Forstfeld mit der Einrichtung von Familienzentren begonnen. Kernstück ist jeweils eine Kindertagesstätte, in der viele unterschiedliche Angebote für Eltern vernetzt werden. Davon profitieren insbesondere auch Alleinerziehende. Wir wollen dieses Konzept der Familienzentren in den Stadtteilen stufenweise ausbauen.

Ein wichtiges Projekt für ein familienfreundliches Kassel, das von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gestartet wurde, ist die Präventionskette „Willkommen von Anfang an“. Die gesunde Entwicklung des Neugeborenen steht im Mittelpunkt dieses mit dem Qualitätspreis der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen ausgezeichneten Projekts. Diese Präventions- und Hilfekette werden wir ausbauen. SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass alle Kinder und Jugendliche bestmöglich gefördert werden. Sie brauchen hierzu Information, Orientierung, Entscheidungshilfe und Unterstützung. In der letzten Wahlperiode haben wir daher das „Übergangsmanagement Schule-Beruf“ gestartet, um die Passgenauigkeit in der Ausbildung für den späteren Lebensweg zu erhöhen. Eine frühzeitige Orientierung

hilft den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und den Arbeitgebern. Das Programm, das wir in den Hauptschulen begonnen haben, wollen wir ausbauen. Inklusion ist eine Herausforderung, der sich die Kommune mit einer konzeptionellen Neuorientierung stellen muss. Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichem sozialem Hintergrund, mit und ohne Behinderung sollen gemeinsam die Bildungs- und Erziehungssysteme wahrnehmen und voneinander lernen können. In inklusiven Strukturen spielen, arbeiten und lernen die Kinder gemeinsam und fördern sich dabei gegenseitig. In den kommenden fünf Jahren wollen wir gerade im Bereich der Grundschule den Gedanken der Inklusion voranbringen.

Wir wollen eine Teilhabe aller Kinder und Jugendlicher am gesellschaftlichen Angebot. Jugendliche im öffentlichen Raum finden weiterhin unsere Unterstützung. SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen eine Kinder- und Jugendförderung, die den Dialog zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen aufgreift. Ein wichtiger Baustein für eine mobile Jugendhilfe ist es, Moderationsprozesse zu initiieren und Jugendliche bei der Durchsetzung ihrer Interessen zu unterstützen. Wir werden für die mobile Jugendarbeit einen so genannten „Feuerwehrtopf“ im städtischen Haushalt einstellen, mit dem man neue Initiativen unterstützen kann, die von Jugendlichen selbstständig organisiert und reguliert werden. Die zugehenden Angebote durch Cliquenbetreuung von Streetworkern werden ausgebaut. Die freie Jugendsportszene wollen wir, wie in der Vergangenheit auch, weiterhin unterstützen und sichern.

Gute Ausbildung bedarf auch guter Vorbilder: Die Stadt Kassel und ihre Unternehmen haben in den vergangenen Jahren über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet – ein Maßstab, der auch in Zukunft gelten und die Wirtschaft animieren soll. Um den ausgebildeten jungen Menschen auch über die Ausbildung hinaus Perspektiven zu geben, wollen wir prüfen, wie die Stadt und ihre Unternehmen das Ziel umsetzen können, möglichst viele Auszubildende weiter zu beschäftigen.

4. Finanzen und Haushalt

Die städtischen Finanzen müssen auf Dauer konsolidiert werden. Ziel ist es, einen ausgeglichenen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung zu erreichen. Wir wollen die Verschuldung der Stadt dauerhaft reduzieren, um neue Spielräume zu schaffen.

Bei der Umsetzung der vereinbarten Ziele ist die Entwicklung der kommunalen Finanzen von besonderer Bedeutung. Ihr Erreichen ist davon abhängig, dass den Kommunen von Bund und Land nicht immer weiteres Geld entzogen wird und ohne finanzielle Entschädigung Lasten aufgebürdet werden, wie zuletzt im sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, der Umsetzung der Mindestverordnung im U3-Bereich oder dem Entzug von Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich.

Die Haushalte werden gemeinsam verabschiedet. Erforderliche Anpassungen im Laufe des Haushaltsjahres erfolgen in gemeinsamer Abstimmung.

Oberste Priorität bei zukünftigen Investitionen außerhalb des Kreditrahmens hat für uns der Ausbau der Kinderbetreuung. Insgesamt wollen wir Maßnahmen außerhalb des Investitionsrahmens reduzieren.

Angesichts der finanziellen Lage der Stadt Kassel werden die beiden Fraktionen in allen Themenfeldern aufgabenkritisch nach Einsparmöglichkeiten suchen. Ziel ist es, durch Effizienz den bisherigen Stand städtischer Serviceleistungen zu halten oder zu verbessern. Zum Beispiel durch eine weitere Straffung der Ämterstruktur sowie der Schließung von Bezirksstellen.

Für Investitions- und Ausgabeprüfungen sind ökologische, ökonomische und soziale Kriterien zu entwickeln und offen zu legen.

5. Regeln der Zusammenarbeit

Die in dieser Vereinbarung beschriebenen, gemeinsamen Vorhaben, die Haushaltssatzungen sowie die Wahlen hauptamtlicher Mitglieder des Magistrats werden durch die Partner im gegenseitigen Einvernehmen entschieden und gemeinsam abgestimmt.

Bei den Wahlen des hauptamtlichen Magistrats haben beide Partner für jeweils zwei Dezernate das Vorschlagsrecht, wobei das Amt des Bürgermeisters der SPD zusteht.

Stadtpolitische Fragen, welche in dieser Vereinbarung nicht bedacht worden sind oder aufgrund sich verändernder Umstände so nicht bedacht werden konnten, werden zwischen den Partnern im ernsthaften Bestreben einer Einigung besprochen. Hierzu wie auch zur Entscheidung über das Abstimmungsverhalten beider Partner wird ein Kooperationsausschuss gebildet. Der Kooperationsausschuss kommt im Turnus von zwei Wochen zusammen. Er besteht aus den Parteivorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden, einem/ einer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden sowie den FraktionsgeschäftsführerInnen. Mindestens vierteljährlich sollen der Oberbürgermeister bzw. weitere hauptamtliche Mitglieder des Magistrats an den Sitzungen des Kooperationsausschusses teilnehmen.

Antragsvorhaben werden dem anderen Partner so frühzeitig zur Kenntnis gegeben, dass in dessen Gremien eine angemessene Beratung erfolgen kann. Die Rückmeldung auf das Antragsvorhaben soll nach der nächsten Fraktionssitzung des Partners erfolgen. Besteht bei dem anderen Partner der Wunsch, den vorgelegten Antrag gemeinsam einzubringen, ist diesem Wunsch zu entsprechen. Für Anfragen gilt das Vorgenannte entsprechend, jedoch mit der Maßgabe, dass Anfragen in der Regel vom Initiator allein eingebracht werden.

Das Abstimmungsverhalten in den einzelnen Ausschüssen wird ebenfalls rechtzeitig vor den Ausschusssitzungen besprochen. Verantwortlich sind die jeweiligen Vorsitzenden der Fraktionsarbeitskreise bzw. die Fachsprecher. Wird hierbei von einem Partner Beratungsbedarf angemeldet, ist der betreffende Tagesordnungspunkt gemeinsam zu schieben, so dass der Versuch einer Einigung unternommen werden kann.

Sollte jedoch auf Grund unvorhersehbarer Umstände ein kurzfristiger Entscheidungsbedarf bestehen und die Einhaltung des zuvor vereinbarten

Verhaltens nicht möglich sein, liegt die Entscheidungshoheit bei den beiden Fraktionsvorsitzenden bzw. im Abwesenheitsfalle bei deren Stellvertretern.

Pressemitteilungen und Veröffentlichungen werden dem anderen Partner zur Kenntnisnahme zugeleitet.

Sämtliche verbindliche Kommunikation zwischen den Partnern erfolgt über die jeweiligen Fraktionsgeschäftsstellen. Maßgeblich ist der dortige Kenntnisstand.

Die Ergebnisse dieser Kooperation werden jährlich, nach der Sommerpause, gemeinsam evaluiert, so dass im Bedarfsfalle Änderungen, Anpassungen oder Erweiterungen vorgenommen werden können.

Für den
SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Jürgen Kaiser

Für den
Kreisverband Kassel Bündnis 90/Die Grünen

Eva Koch

Ute Lilly Mohnberg

Für die
Rathausfraktion der SPD

Uwe Frankenberger MdL

Für die
Rathausfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gernot Rönz

Kassel, 29. August 2011